Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/3509

17. 01. 96

Beschlußempfehlung und Bericht

des Finanzausschusses (7. Ausschuß)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Sabine Kaspereit, Christian Müller (Zittau), Dr. Uwe Jens, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/1541 –**

Wiedereinbeziehung des ostdeutschen mittelständischen Handels in die Investitionszulagenregelung

A. Problem

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, selbständige mittelständische Unternehmen des Handels in die Investitionszulagenregelung in den neuen Ländern einzubeziehen.

B. Lösung

Erledigterklärung des Antrags.

Einstimmigkeit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/1541 – für erledigt zu erklären.

Bonn, den 6. Dezember 1995

Der Finanzausschuß

Carl-Ludwig Thiele	**Wolfgang Ilte**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Wolfgang Ilte

I. Verfahrensablauf

Der Antrag wurde in der 41. Sitzung des Deutschen Bundestages am 1. Juni 1995 dem Finanzausschuß zur federführenden Beratung sowie dem Ausschuß für Wirtschaft zur Mitberatung überwiesen. Der Ausschuß für Wirtschaft hat die Vorlage am 20. September 1995 behandelt, der Finanzausschuß hat sie am 6. Dezember 1995 beraten.

II. Inhalt der Vorlage

Der Antrag zielt darauf ab, die Bundesregierung aufzufordern, die in den neuen Bundesländern geltende Investitionszulagenregelung für die kleinen und mittelständischen Unternehmen des Handels zu ergänzen. Es soll eine Investitionszulage in Höhe von 10 % für Investitionen bis zu einer Höhe von 250 000 DM pro Jahr von selbständigen mittelständischen Unternehmen des Handels, die nicht mehr als 50 Mitarbeiter beschäftigen und nicht mehr als 10 Mio. DM Jahresumsatz erzielen, vorgesehen werden. Im Umfang der entstehenden Haushaltsmehrbelastungen sollen die Sätze für Sonderabschreibungen auf bewegliche Güter des Anlagevermögens gekürzt werden.

Zur Begründung des Antrags führt die Fraktion der SPD aus, daß der mittelständische Handel in den neuen Bundesländern eine herausragende Rolle bei der Vermarktung von Produkten aus ostdeutscher Produktion spiele. Der mittelständische Handel werde bisher bei der Wirtschaftsförderung in den neuen Bundesländern benachteiligt, u. a. durch den Ausschluß von der Investitionszulage sowie den Ausschluß von der Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsförderung.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der Ausschuß für Wirtschaft hat auf die Beratung der Vorlage verzichtet, da die Fraktion der SPD den Antrag zurückgezogen hat.

IV. Ausschußempfehlung

Der federführende Finanzausschuß hat den Antrag einstimmig für erledigt erklärt, da die Einbeziehung des mittelständischen Handels in die Investitionszulage in den neuen Ländern bereits im Rahmen des Jahressteuergesetzes 1996 erfolgt ist.

Bonn, den 6. Dezember 1995

Wolfgang Ilte

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333